



„Gemeinsam geht es besser...“

Donnerstag, 11. März 2010, Augsburg

Kernaussagen von Helmut Jung, DGB-Region Augsburg:

- 1.) Um Armutslöhne erfolgreich zu bekämpfen und zugleich die Tarifautonomie gegen eine Spirale nach unten zu schützen, benötigen wir die flächendeckende Einführung einer Lohnuntergrenze. Deshalb fordern wir als Gewerkschaften die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohnes.
- 2.) Der Missbrauch von Leiharbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen muss mit allen Mitteln bekämpft werden. Menschen müssen von ihrer Arbeit wieder leben können. Leiharbeit darf nicht weiter Arbeits- und Tarifbedingungen unterlaufen und Dumpinglöhne etablieren. Wir fordern gesetzliche Regelungen, die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter mit den Beschäftigten im Entleihbetrieb vom ersten Tag an gleichstellen.
- 3.) Das Prinzip von „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss endlich durchgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die gleiche Bezahlung von Frau und Mann.
- 4.) Die Zukunftsperspektiven junger Menschen dürfen nicht von der Konjunktur abhängen. Deshalb brauchen wir in Deutschland eine konjunkturunabhängige Finanzierung der Ausbildung, beispielsweise durch Branchenfonds.
- 5.) Unserer Gesellschaft droht in den kommenden Jahren ein gewaltiger Zuwachs an Altersarmut. Rentenkürzungen wie die Rente mit 67, Dumpinglöhne, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sowie mehrfach gebrochene Erwerbsbiografien reißen immer größere Löcher in die Altersvorsorge von Millionen von Betroffenen. Deshalb fordern wir die Einbeziehung von Selbständigen, Beamten und Politikern in die solidarische gesetzliche Alterssicherung. Zudem müssen bei langjährig Versicherten Niedrigverdienste und Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit besser in der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt werden.
- 6.) Wir fordern, dass sich die Arbeitgeber weiterhin paritätisch an der Krankenversicherung beteiligen. Die jetzige Bundesregierung verabschiedet sich mit ihren Plänen in der Gesundheitspolitik aus dem bislang solidarischen Finanzierungssystem und ebnet damit den Weg zu einer Zwei- bis Dreiklassenmedizin. Sämtliche Kostensteigerungen oder Defizite des Gesundheitssystems werden nach Willen der Bundesregierung zukünftig von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanziert.

